



Ein Höhepunkt des 6. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums war die Live-Zuschaltung von Präsident Wolodymyr Selenskyj aus Kyjiw. / Foto: C. Kruppa

## „Die Ukraine kann sich auf Deutschland verlassen“

So voll war es selten im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin: Über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten am 24. Oktober im Rahmen des 6. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums die Reden der deutschen und ukrainischen Regierungschefs, eine Gesprächsrunde von Wirtschaftsminister Habeck mit seiner ukrainischen Kollegin Svyrydenko sowie drei hochkarätig besetzte Panel-Diskussionen. Ein Höhepunkt war die Live-Zuschaltung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer wollten nichts mehr und nichts weniger als ein „würdiges Leben“ als Teil von Europa leben, sagte der ukrainische Präsident. Entscheidende Bedeutung zur Erreichung dieses Ziels und zur Gewinnung von Sicherheit für die Ukraine käme der Wirtschaft zu. „Deutsche Technik ist das beste Fundament für jede Wirtschaft“, so Selenskyj. Priorität habe in der Ukraine aktuell die Weiterentwicklung des Verteidigungssektors, um etwa die eigene Luftverteidigung noch besser ausbauen zu können. Dies bedeute dann mehr Sicherheit für die Bürger in der Ukraine und für die Wirtschaft und erleichtere auch die Rückkehr von Flüchtlingen. Deutschland sei man sehr dankbar, dass es sich in diesem Bereich und generell für die Ukraine stark engagiere.

### Joint Venture mit Rheinmetall

Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal machte die Vorlage konkret und verkündete die erfolgreiche Registrierung eines Joint Ventures von Rheinmetall und

der Ukrainian Defense Industry in Kyjiw. Die Gründung, an der Rheinmetall 51 Prozent hält, wird in den Bereichen Service- und Wartungsdienstleistungen, Montage, Produktion und Entwicklung von Militärfahrzeugen tätig sein. „Investitionen in der Ukraine sind keine Wohltätigkeit, dies sind reale Vorteile und Chancen für Unternehmen“, betonte Schmyhal und verwies auf weitere, starke Branchen in der Ukraine. Dazu zählten neben dem Rüstungsbereich vor allem die Landwirtschaft, die IT-Industrie und der Energiesektor.

Laut Schmyhal arbeitet die ukrainische Regierung derzeit an maximalen Investitionserleichterungen. Viele Rechtsprozesse sollten digitalisiert, manche völlig gestrichen werden. Zudem wolle man die Kapazitäten an den Grenzübergängen ausbauen, ein elektronisches Warteschlangensystem aufbauen und dort im Sinne eines „One-Stop-Shop“ gemeinsame Kontrollen mit den EU-Nachbarn etablieren. Lange LKW-Wartezeiten bei der Ausreise in die EU und insbesondere nach Polen von sieben und mehr Tagen gelten für viele Investoren im Land aktuell als Hauptbelastung ihres Geschäfts, wie sich im weiteren Verlauf des Tages herausstellte. Für sie sind die Ankündigung Schmyhals zur Beschleunigung der Logistikketten sehr gute Nachrichten, wenngleich die Ukraine hier auf die Kooperationsbereitschaft der EU-Nachbarn angewiesen ist.

### Kanzler Scholz schnürt Winterpaket

Bundeskanzler Olaf Scholz brachte angesichts neuer Krisenherde in der Welt eine klare Botschaft mit: „Die Ukraine kann sich auf Deutschland verlassen.“ Die aktuelle Entwicklung im Nahen Osten werde das deutsche Engagement nicht schmälern. „Beiden Ländern, Israel und der Ukraine, gilt unsere unverbrüchliche Solidarität“ Scholz berechnete die bisherige Hilfe Deutschlands für die Ukraine auf 24 Milliarden Euro und kündigte ein zusätzliches „Winterpaket“ im Wert von 1,4 Milliarden Euro an, um die ukrainische Luftverteidigung zu stärken und mögliche Angriffe Russlands auf die ukrainische Energieinfrastruktur zu kontern. Den Unternehmen im Saal legte er nahe, stärker das Potenzial der eine Million ukrainischen Flüchtlinge in Deutschland als Brücke in die Ukraine zu nutzen.

### Habeck spricht von „menschengemachtem Wunder“

Dass es möglich ist, jetzt schon in der Ukraine zu investieren, wurde in vielen Beiträgen des 6. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums deutlich. Der stellvertretende Ost-Ausschuss-Vorsitzende Christian Bruch lobte in seiner Rede die Investitionsgarantien und Exportversicherungen des Bundes als wichtige Voraussetzung für das Engagement der deutschen Wirtschaft in der Ukraine. Geschlossen werden müsse noch eine Lücke bei den Transportversicherungen. Beim Thema Rechtssicherheit und Korruptionsbekämpfung sei die gegenwärtige Regierung auf dem richtigen Weg. Ausschreibungsverfahren könnten noch beschleunigt werden. Bruch regte zudem die Gründung eines Business Advisory Councils aus europäischen Wirtschaftsvertretern zur Begleitung des Wiederaufbaus und einen festen Ansprechpartner für die Wirtschaft im Rahmen der geplanten Ukraine-Fazilität der EU an, um auch unabhängig von großen Gipfeltreffen einen stetigen Informationsaustausch zu erreichen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck lobte in einem von Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms moderierten Gespräch mit der ukrainischen Vize-Premierministerin Svyrydenko die deutsche Wirtschaft für ihre wachsende Bereitschaft, in die Ukraine zu gehen. Aktuell würden sich bereits 30 Projektvorhaben um Garantien des Bundes für Inves-



Der stellvertretende Ost-Ausschuss-Vorsitzende Christian Bruch schlug zur Begleitung des Wiederaufbauprozesses in der Ukraine die Gründung eines Business Advisory Councils vor. / Foto: C. Kruppa



Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms (Mitte) moderierte ein Gespräch mit der ukrainischen Vize-Premierministerin Svyrydenko und Bundeswirtschaftsminister Habeck. / Foto: C. Kruppa

tionen in der Ukraine bewerben. „Da ist richtig was los“, so Habeck. „Die deutsche Wirtschaft steht zu ihrem Solidaritätsversprechen an die Ukraine und das ist richtig toll.“ Die Tatsache, dass die Ukraine sich erfolgreich gegen Russland wehre und die ukrainische Wirtschaft 2023 bereits wieder wachse, nannte Habeck ein „menschengemachtes Wunder“.

### **Wachstum in der Ukraine zieht an**

Tatsächlich wird in der Ukraine laut Premierminister Schmyhal für 2023 mit einem Wachstum von etwa vier Prozent gerechnet. Vor allem deutsche Unternehmen, die bereits vor Ort sind, berichteten während des Forums von sich jetzt bietenden Chancen. Der Chemiekonzern Bayer etwa, der gegenwärtig 60 Millionen Euro in eine neue Saatgutfabrik in der Ukraine investiert, prüft derzeit auch ein Engagement im Pharmasektor. Rolls-Royce sieht seinerseits große Chancen im Ausbau einer dezentralen, grünen Energieversorgung und die stärkere Nutzung von Biomasse. Laut Edna Schöne, Geschäftsführungsmitglied bei Euler Hermes und Präsidiumsmitglied im Ost-Ausschuss, wurden im Laufe des Jahres bereits 14 Investitions Garantien des Bundes in einem Gesamtvolumen von 280 Millionen Euro genehmigt.

Ein Panel zum Thema Sicherheit in der Ukraine schloss die Konferenz ab. Oleksandr Kamyshin, Minister für Strategische Industrien der Ukraine, ist davon überzeugt, dass die ukrainische Rüstungsindustrie in Zukunft eine zentrale Rolle für die europäische Verteidigungsfähigkeit übernehmen könne und prophezeite große Chancen für Investoren. Dennis Bürjes, Mitglied der Geschäftsführung bei FFG – Flensburger Fahrzeugbau GmbH, beschrieb das Engagement seines Unternehmens in der Ukraine. FFG sei europaweit einer der größten, wenn nicht der größte Lieferant von gepanzerten Fahrzeugen für das ukrainische Heer. Dazu zählten etwa Leopard 1-Panzer. In Flensburg würden auch ukrainische Soldaten an der Technik ausgebildet. Sein Unternehmen habe ebenfalls bereits ein Joint Venture in der Ukraine gegründet. Investoren riet Bürjes besonderes Augenmerk auf die mentale Gesundheit der Beschäftigten zu richten. Aufgrund des Krieges müsse man damit rechnen, dass Posttraumatischen Belastungsstörungen (PBST) weit verbreitet seien. Florian Otto, Leiter für politische Risikoanalyse in Europa und Zentralasien bei Control Risks, warb eindringlich dafür, jetzt die sich bietenden Chancen in der Ukraine wahrzunehmen und wieder in das Land zu reisen. Mit entsprechender Vorbereitung sei dies zuverlässig möglich. Schließlich gebe es neben möglichen Reise Risiken und Investitionsrisiken für Unternehmen in der Ukraine auch das Risiko, zu lange zu warten und sich ergebende Chancen zu verpassen.

### **Andreas Metz**

Leiter Public Affairs im Ost-Ausschuss



## Europa will sichtbarer werden

Die EU ist der wichtigste Wirtschafts- und Handelspartner Kasachstans. Rund die Hälfte des kasachischen Außenhandels und der Auslandsinvestitionen entfallen auf die EU. Gleichzeitig wird die Rolle Chinas in Zentralasien und in Kasachstan als wesentlich größer wahrgenommen. Wie die EU ihre tatsächliche Bedeutung sichtbarer machen und ihr Gewicht in der Region erhöhen kann, war Thema des 38. Treffens des Berliner Eurasischen Klubs in der EU-Hauptstadt Brüssel. Mit dabei waren Vertreter der kasachischen Regierung, der Europäischen Kommission und der Wirtschaft.

Fazit Nummer eins: Die Bedeutung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der EU zu Kasachstan ist allen Seiten bewusst, und sie sollen noch viel stärker ausgebaut werden. Den rechtlichen und institutionellen Rahmen für die Zusammenarbeit bildet das Erweiterte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (EPCA), das im März 2020 in Kraft getreten ist. Es ist ein Schlüsseldokument, das die Beziehungen zwischen der EU und Kasachstan in 29 verschiedenen Bereichen regelt, darunter unter anderem Wirtschaft und Handel, öffentliche Verwaltung sowie kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit. Kasachstan ist der erste und bislang einzige zentralasiatische Partner, der ein EPCA mit der EU abgeschlossen hat.

Nun gelte es, das Abkommen mit Leben zu füllen, sagte der stellvertretende kasachische Außenminister Roman Vassilenko in seiner Begrüßung. Dazu gehörten Visaerleichterungen, der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen vor allem in Bereichen wie kritische Rohstoffe, grüner Wasserstoff, Transport und Logistik, Digitalisierung, Luftfahrt sowie Bildung und Forschung. Gemeinsam mit der EU wolle man hier konkrete Schritte vereinbaren und auch umsetzen.

Dies fand Zustimmung auf Seiten der EU-Kommission. Joaquim Nunes de Almeida, Direktor der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW), betonte, dass die EU sich verstärkt finanziell engagieren wolle, vor allem bei den Themen Nachhaltigkeit und grüne Transformation. Das EPCA mit Kasachstan bezeichnete er als für beide Seiten vorteilhaft.



### Intensivierung der Kontakte angestrebt

Die anschließende Podiumsdiskussion, die von Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms moderiert wurde, drehte sich vor allem um diejenigen Branchen, in denen es Synergien zwischen Kasachstan und der EU gibt. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kontakte zwischen Unternehmen, aber auch zwischen Menschen stand dann im Mittelpunkt der zweiten Podiumsdiskussion, die vom Beiratsvorsitzenden des Berliner Eurasischen Klubs Peter Tils moderiert wurde.

Visafreiheit, Zusammenarbeit im Tourismus und wissenschaftliche Kooperation sind nur einige der möglichen Ansätze für ein stärkeres Miteinander. Insgesamt seien die diplomatischen Beziehungen der EU zu Kasachstan und Zentralasien auf einem hervorragenden Stand, so Terhi Hakala, Botschafterin und EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, in ihrem Beitrag. Es gebe zahlreiche gemeinsame Formate, die von einem kooperativen Ansatz geprägt seien, so die EU-Botschafterin. Auch das Thema Russland-Sanktionen wurde bei dem Treffen in Brüssel offen diskutiert.

Insgesamt hat sich der Berliner Eurasische Klub einmal mehr als exklusive Plattform für offene, aber auch kontroverse Diskussionen erwiesen und die Partner in Brüssel an einen Tisch gebracht.

### Eduard Kinsbruner

Regionaldirektor Zentralasien im Ost-Ausschuss

Der Botschafter Kasachstans in Belgien Margulan Baimukhan, Joaquim Nunes de Almeida, Director DG GROW, der stellvertretende kasachische Außenminister Roman Vassilenko, Nurlan Onzhanov, Botschafter Kasachstans in Deutschland, und Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms (v.li.) auf der BEK-Sitzung in Brüssel. / Foto: E. Kinsbruner

### Unterwegs in Lwiw und Kyjiw

Vom 8. bis 10. Oktober 2023 reiste zum ersten Mal seit Kriegsbeginn eine deutsche Wirtschaftsdelegation in die Ukraine. Initiiert wurde die Reise, an der zehn Personen teilnahmen, von der weltweit agierenden Risikomanagementberatung Control Risks in Partnerschaft mit der AHK Ukraine und dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Besucht wurden die beiden Wirtschaftszentren Lwiw (Lemberg) und die Hauptstadt Kyjiw inklusive kleinerer Ausflüge ins Umland der Städte. Ein wichtiges Ziel dieser „Fact Finding Mission“ war es, die Sicherheitslage vor Ort und die Zuverlässigkeit der Transportverbindungen besser einschätzen zu können. Einen hohen Stellenwert hatten zudem Gespräche mit Vertretern von deutschen Unternehmen vor Ort, um sich über die gegenwärtigen Produktionsbedingungen zu informieren und neue Investitionschancen zu identifizieren.



Erste deutsche Wirtschaftsdelegation seit Kriegsbeginn in der Ukraine. / Foto: Mareike Müller/Handelsblatt

Beitragt waren an dieser Pionierdelegation Unternehmen aus den Bereichen Logistik, Maschinenbau, IT, Stadtplanung und Architektur, Kampfmittelräumung und Munitionsbeseitigung sowie ein Wirtschaftsanwalt und eine Journalistin des Handelsblatts.

**Einen ausführlichen Bericht finden Sie auf der Homepage des Ost-Ausschusses: [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)**

### Wahlnachlese I: Polen

Wie geht es nach den Wahlen in Polen weiter? Diese Frage thematisierte am 25. Oktober eine von Ost-Ausschuss-Vorstandsmitglied Philipp Haußmann moderierte Online-Runde, in der der neue deutsche Botschafter in Warschau Viktor Elbling und das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Auslandshandelskammer Lars Gutheil über

50 Unternehmensvertretern Rede und Antwort standen. Polen ist Deutschlands fünfgrößter Handelspartner weltweit, entsprechend groß ist das Interesse deutscher Unternehmen an der weiteren politischen Entwicklung. Bei den Parlamentswahlen in Polen hatte Mitte Oktober ein oppositionelles Bündnis aus drei Parteien unter Führung des früheren EU-Ratspräsidenten Donald Tusk überraschend stark abgeschnitten. Die neue Regierung könnte Ende November stehen. Stark thematisiert wurden in der Runde die aktuell überlangen Wartezeiten für LKW bei der Einreise aus der Ukraine nach Polen von sieben Tagen und mehr.

### Wahlnachlese II: Slowakei

Welche Folgen haben die jüngsten Wahlen in der Slowakei und die Bildung einer neuen Regierung unter Robert Fico für die Wirtschaft? Diese Frage stand am 19. Oktober im Mittelpunkt eines Hintergrundgesprächs des Ost-Ausschusses und der AHK Slowakei unter Beteiligung der Deutschen Botschaft, das von Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa des Ost-Ausschusses, moderiert wurde. Die Konvergenz der Slowakei mit der EU hat demnach an Schwung verloren, sodass neue wirtschaftspolitische Impulse in Richtung Digitalisierung und Industrie 4.0 notwendig sind. Durch den vollständigen Abruf der EU-Mittel aus dem EU-Recovery-Fonds ist ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von zwei Prozent möglich. Ansatzpunkte für eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit bieten die Bereiche Bildung, Forschung und Entwicklung, Gesundheitswirtschaft und grüne Transformation. Ende November ist eine gemeinsame Delegationsreise von Ost-Ausschuss und AHK in die Slowakei geplant, um diese wichtigen Themen mit der neuen Regierung zu diskutieren.